Bote der Urschweiz

Freitag, 23. Oktober 2026



**Doch noch ein Schwyzer Bundesrat?**
Peter Sonnengrün aus Gersau kandidiert für die Landesregierung. 3

Gesamtausgabe Luzerner Zeitung

AZ 6430 Schwyz | 168. Jahrgang | Nr. 243 | **Fr. 1.80** | **www.bote.ch**

ANZEIGE

FREITAG ARCHITEKTUR

ENDLICH FREITAG GUT GEPLANT

# Gemeinden müssen zusammenarbeiten

Schwyzer Regierung will bei sozialen Angeboten Versorgungsregionen einrichten.

**Dominik Jordan**

Sei es bei Altersheimen oder sonstigen sozialen Einrichtungen: Dass jede Gemeinde zuerst mal für sich selber schaut, soll nach dem Willen der Schwyzer Regierung bald der Vergangenheit angehören. Sie schickt das Gesetz über soziale Angebote in die Vernehmlassung, das das bisherige Gesetz ersetzen soll.

Die Gemeinden sollen sich zu Versorgungsregionen zusammenschliessen, die je mindestens 25'000 Menschen umfassen sollen. Die Gemeinden hätten schon heute die Möglichkeit, im Sozialbereich zusammenzuarbeiten, machten dies aber zu wenig, hält die Regierung in ihrem Bericht fest.

### Möglichst lange daheim bleiben

Weiter soll im neuen Gesetz der Grundsatz ambulant vor stationär verankert werden. Ziel davon ist es, dass pflegebedürftige Personen möglichst lange in ihrem eigenen Daheim bleiben können. So soll verhindert werden, dass immer mehr teure stationäre Heimplätze geschaffen werden müssen. Die Regierung geht davon aus, dass ohne Systemänderung der Bettenbedarf bis 2040 um 51 Prozent ansteigen wird. Grund dafür ist, dass die Schwyzer Bevölkerung immer älter wird.

Wegen der Komplexität der Vorlage soll sie in zwei Etappen gegliedert werden. Die Vernehmlassung dauert bis am 29. Januar. 5

REGION

## Besseres Deutsch



Kindergärtler sollen genügende Sprachkenntnisse aufweisen. 3

REGION

## Sportzentrum braucht Kapital

Baugesuch für den Megabau liegt nun in Einsiedeln auf. 4

SPORT

## «Auf das Kind hören ist wichtig»



Am Sportforum war die Rolle von Sporteltern Thema. 25



## «Carmen» in der Bar

Die Oper wird im Gaswerk in Seewen aufgeführt – sehr zur Freude des Publikums. 7

Bild: Stefanie Henggeler

ANZEIGE




## Die Wasserkraft stockt

**Schwerpunkt** Vor gut zwei Jahren hat die Bevölkerung 16 Wasserkraftprojekte an der Urne gutgeheissen. Sie sollten rasch gebaut werden und bis 2040 zwei zusätzliche Terawattstunden Strom im Winter liefern. Jetzt zeigt eine interne Analyse des Bundes: Nur drei Projekte können rechtzeitig realisiert werden: der neue Triftstausee, die Erhöhung des Grimselstausees sowie das Laufkraftwerk in der Bündner Chlus. Diese bringen mit 463 Gigawattstunden knapp ein Viertel des im Abstimmungskampf versprochenen Winterstroms. Andere Projekte verzögern sich stark oder sollen gestrichen werden.

Verantwortlich sind nicht Einsprachen der Umweltverbände. Im Bericht der von Umweltminister Albert Rösti beauftragten «technischen Begleitgruppe» werden die technische Machbarkeit von Staumauern, fehlerhafte Berechnungen, höhere Kosten sowie unklare Besitzverhältnisse als Probleme genannt. Daher hat die Begleitgruppe 23 zusätzliche Projekte geprüft und als Ersatz priorisiert. Sie liegen zum Teil in Unesco-Schutzgebieten und dürften für Kritik sorgen, auch bei Umweltorganisationen, die am Runden Tisch Wasserkraft 2021 Kompromisse eingegangen waren. Fünf Umweltschutzorganisationen haben in einer Stellungnahme das Vorgehen und die Auswahl kritisiert: Röstis Leute hätten ursprünglich bewilligte Projekte des Runden Tisches mit geringen Umweltschäden vorschnell fallen gelassen. Seither ist das Dossier blockiert. Dabei hatte Rösti vor Jahresfrist im Interview angekündigt, seine Vorschläge im ersten Quartal 2026 zu präsentieren. *(chm)* 17

## Schnegg und Chiesa wollen

**Bundesratswahlen** Kurz vor Meldeschluss wird das Kandidatenfeld für die Nachfolge von Guy Parmelin immer grösser. Gestern haben der Berner Regierungsrat Pierre Alain Schnegg und der ehemalige SVP-Präsident und Tessiner Ständerat Marco Chiesa ihre Ambitionen angemeldet. Vor allem Chiesa ist im Bundeshaus bestens bekannt. *(mg)* 19

## Inhalt


| | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Leserbriefe | 2 | Marktplatz | 6 | Todesanzeigen | 10 | Immobilien | 12 | Stellen | 13 | Schwerpunkt | 17 | Sport | 25–29 | Piazza | 31 |
| Ratgeber | 4 | Kirche | 10 | Küssnacht | 11 | Zentralschweiz | 13 | Denksport | 16 | Börse | 22 | Fernsehen | 30 | Letzte Seite | 32 |


**Bote der Urschweiz**, Schmiedgasse 7, 6431 Schwyz • **Redaktion:** Telefon 041 819 08 11, redaktion@bote.ch • **Abonnements:** Telefon 041 819 08 09, abo@bote.ch • **Inserate/Anzeigen:** Telefon 041 819 08 08, inserate@bote.ch

# Regierung plant soziale Revolution

Versorgungsregionen und mehr ambulante Angebote: Die Regierung will den Sozialbereich gründlich umpflügen.



Der Kanton Schwyz altert schnell, entsprechend steigt der gesetzgeberische Handlungsbedarf. Bild: Keystone

**Dominik Jordan**

Die Schwyzer Regierung plant einen grundlegenden Umbau der sozialen Versorgung. Das bisherige Gesetz über soziale Einrichtungen soll neu das Gesetz über soziale Angebote werden. Den Entwurf dazu hat das zuständige Innendepartement von Regierungsrat Damian Meier (FDP) nun in die Vernehmlassung geschickt.

Das geltende Gesetz aus dem Jahr 2007 entspreche in vielen Punkten nicht mehr den gesellschaftlichen Realitäten und heutigen Anforderungen, heisst es in einer Mitteilung. Erfasst seien stationäre Angebote für Menschen mit Behinderung, ältere und pflegebedürftige Menschen, Kinder und Jugendliche sowie Personen in besonderen Notlagen. Aber: «Der gesellschaftliche Wandel und die zunehmende Vielfalt der Lebenslagen führen zu differenzierterem und komplexerem Unterstützungsbedarf.»

Die markanteste Änderung betrifft die Gemeinden. Sie sollen sich in sogenannte Versorgungsregionen zusammenschliessen. Bisher sei eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden zwar möglich, doch dies werde von ihnen zu wenig genutzt, schreibt die Regierung im Bericht. In den neuen Versorgungsregionen sollen die Angebote koordiniert werden. Eine bestimmte Organisationsform will die Regierung bewusst nicht vorgeben. «Den Gemeinden soll vielmehr die Möglichkeit offenstehen, eine für ihre regionalen Gegebenheiten geeignete Form der Zusammenarbeit zu wählen», heisst es.

### Mindestens 25'000 Einwohner pro Versorgungsregion

Doch die Parameter werden im Schwyzer Regierungsgebäude gesetzt. Die Versorgungsregionen sollen gross genug sein, auch um insbesondere den Ausbau von ambulanten Leistungen zu unterstützen. «Für eine Versorgungsregion wird eine Grösse von minimal 25'000 Einwohnern angestrebt», heisst es im Bericht. Und: «Kommt keine Einigung bei der Bildung von Regionen zustande, kann der Regierungsrat nach Anhörung der säumigen Behörde die Einteilung der Versorgungsregionen festlegen und auf deren Kosten anordnen.»

Die Versorgungsregionen sind wohl der grösste organisatorische Eingriff der Vorlage. Die Gemeinden behalten zwar Gestaltungsspielraum, können die Aufgaben aber nicht mehr dauerhaft alleine organisieren.

Ein weiterer Pfeiler der Revision ist die Verankerung des Grundsatzes «ambulant vor stationär». In der Mitteilung schreibt die Regierung: «Präventive und ambulante Angebote sollen dazu beitragen, die Selbstständigkeit der Betroffenen möglichst lange zu erhalten und kostenintensivere stationäre Leistungen dort zu vermeiden oder hinauszuzögern, wo es den individuellen Bedürfnissen entspricht und fachlich sinnvoll ist.»

### Ausbau teurer Heimplätze verhindern

Diese Anpassung hat mit dem demografischen Wandel zu tun. Bekanntlich altert der Kanton Schwyz sehr schnell. Würde man an der bisherigen Strategie festhalten, sei bis im Jahr 2040 ein Anstieg der benötigten Pflegebetten von 51 Prozent zu erwarten. Die Revision soll dem entgegenwirken und ein längeres selbstständiges Wohnen ermöglichen und so den Ausbau von teuren Heimplätzen begrenzen.

Weitere Änderungen sind geplant, und wegen der Komplexität und Breite der Vorlage soll sie etappiert werden. Im ersten Schritt liege der Fokus auf dem Zusammenspiel zwischen Kanton und Gemeinden. «Davon betroffen sind insbesondere die Angebote für ältere Menschen sowie für Kinder und Jugendliche, da diese heute in der Zuständigkeit der Gemeinden liegen», heisst es.

Im zweiten Schritt sollen die im bisherigen Gesetz geregelten stationären Angebote für Menschen mit Behinderung in das neue Gesetz überführt und «durch gesetzliche Grundlagen für ambulante und weitere unterstützende Angebote ergänzt» werden. «Auf diese Weise soll schrittweise ein tragfähiges und kohärentes Gesamtsystem entstehen», schreibt die Regierung.

## NACHRICHTEN

### Sagenbachstrasse wird gesperrt

**Gersau** Aufgrund von Belagsschäden, die durch die zahlreichen Transporte im Zusammenhang mit den Schutzbauten an der Stockbachrunse entstanden sind, werden am Dienstag, 27. Oktober, bei der Einfahrt Sagenbachstrasse/Kantonsstrasse notwendige Reparaturarbeiten durchgeführt. So heisst es in einer Mitteilung des Bezirks Gersau. Für die Arbeiten muss der betroffene Strassenabschnitt an diesem Tag vollständig gesperrt werden. Bei günstigen Witterungsverhältnissen kann die Strasse voraussichtlich am Mittwochmorgen wieder für den Verkehr freigegeben werden. *(see)*

### Vier Werk- und Lagerhallen

**Einsiedeln** Die Kobiboxen AG hat eine Projektänderung für eine Batteriespeicheranlage mit Photovoltaikbedachung im Kobiboden 10, 12, 14 und 16 öffentlich aufliegen. Die Projektänderung basiert auf einem Baugesuch für vier Werk- und Lagerhallen à je zehn Boxen, Tiefgarage, Photovoltaikanlagen auf Dächern und an Südostfassaden, vier aussen aufgestellte Wärmepumpen sowie Retentionsanlage. Projektverfasserin ist die Suterholz GmbH, Ried-Muotathal. *(see)*

### Teilzonenplan Brunni–Holzegg

**Alpthal** Bis am 11. November liegen zwei Informations- und Mitwirkungsverfahren öffentlich auf. Der Teilzonenplan Holzegg schafft die Basis, um die bestehende Luftseilbahn Brunni–Holzegg durch eine neue Anlage zu ersetzen. Dazu sollen ein Seilbahnkorridor sowie Nutzungszonen für die Berg- und die Talstation festgelegt und die entsprechenden Vorschriften im Baureglement ergänzt werden. Beim Teilzonenplan Dorf geht es um eine flächengleiche Umlagerung von Bauzonenfläche für den Bau eines Mehrfamilienhauses. *(see)*

# Schwyz soll eine Kinder- und Familienstrategie erhalten

Die Regierung unterstützt einen Vorstoss der Mitte und will dabei auf eine bessere Koordination sowie eine kantonale Strategie setzen.

**Kim Zgraggen**

Der Schwyzer Regierungsrat will die Familienpolitik im Kanton stärker koordinieren und bestehende Angebote in einer Kinder- und Familienstrategie bündeln. Er unterstützt damit das Anliegen der Mitte-Fraktion, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern. Das entsprechende Postulat, das Mitte-Kantonsrat Stefan Langenauer (Wollerau) im Februar eingereicht hat, soll nach Ansicht der Regierung für erheblich erklärt werden. Den Entscheid darüber trifft der Kantonsrat.

Sorgen macht der Mitte-Fraktion nämlich der demografische Wandel: Während die Bevölkerung altert, sinkt die Geburtenrate. Dies könne langfristig den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Finanzen belasten. Auch die steigenden Wohnkosten stellen für junge Familien eine Herausforderung dar, wie aus dem Postulat hervorgeht. Die Mitte verlangt deshalb einen Bericht über bestehende und zusätzliche Fördermöglichkeiten. Untersucht werden sollen unter anderem bezahlbarer Wohnraum, Kinderbetreuung, steuerliche Entlastungen, Bildung und Mobilität. Auch die nähere Zusammenarbeit zwischen Kanton, Bezirken und Gemeinden sowie eine kantonale Gesamtstrategie sollen geprüft werden.

### Angebote sind nicht überall gleich gut zugänglich

Der Regierungsrat teilt diese Anliegen. Familien seien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die langfristige wirtschaftliche Stabilität wichtig. Der Regierungsrat wolle deshalb die Bedingungen für Familien verbessern und dazu beitragen, «dass ein Kinderwunsch nicht



Familien geraten in den Fokus der Politik. Bild: Unsplash

an ungünstigen Rahmenbedingungen scheitert». Er erwähnt aber auch, dass bereits heute zahlreiche Unterstützungsangebote vorhanden seien. Dazu gehörten Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung, Kinder- und Ausbildungszulagen, Prämienverbilligungen, Steuerabzüge und Beratungsangebote.

Besonderen Handlungsbedarf sieht die Regierung bei der Koordination und bei Versorgungslücken. So seien Beratungs- und Präventionsangebote nicht in allen Gemeinden gleich gut zugänglich. Lücken bestünden insbesondere beim Übergang ins Erwachsenenalter und bei Angeboten für Kinder mit Behinderungen. Zentral für die Weiterentwicklung solcher Strukturen sei die laufende Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrichtungen.

«In einer ersten Etappe sollen die Bereiche ‹Mensch im Alter› sowie ‹Kind, Jugend und Familie› im neuen Gesetz über soziale Angebote (SAG) geregelt werden», schreibt die Regierung in ihrer Antwort. Das Gesetz sieht unter anderem regionale Angebotsstrukturen, verbindlichere Zusammenarbeit, Qualitätsvorgaben und ein kantonales Monitoring vor. Die Gemeinden sollen Grundangebote bereitstellen, während der Kanton im gleichen Zuge Planung, Koordination und Steuerung übernimmt.

Wie die Mitte macht sich auch die Regierung um die steigenden Wohnkosten Sorgen. Für die Wohnraumpolitik seien allerdings hauptsächlich die Gemeinden zuständig. Der Kanton könne mit raumplanerischen Rahmenbedingungen unterstützend wirken. Die Regierung will nun in einem Bericht vertieft prüfen, wie sich bestehende Massnahmen besser abstimmen lassen. Eine Kinder- und Familienstrategie soll Angebote bündeln, deren Wirkung überprüfen und Prioritäten festlegen. Welche volkswirtschaftlichen Einsparungen damit verbunden wären, lasse sich derzeit nicht beziffern. Es sei aber davon auszugehen, dass Prävention und gut koordinierte Angebote finanzielle sowie volkswirtschaftliche Entlastung mit sich bringen dürften.